

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 31 (2005)

Heft: 4

Rubrik: Aus Nah und Fern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus Nah und Fern

Wissenschaftler treten für Deutsch als Sprache für Forschung und Lehre ein

„Vorlesungen auf Englisch meist unbeholfen“ / Sieben Thesen

oll. FRANKFURT, 18. August. Mit sieben Thesen zum Erhalt des Deutschen als Wissenschaftssprache sind Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen, Ärzte, Juristen und Verbandsvertreter an die Öffentlichkeit getreten. Unterzeichnet ist der Aufruf etwa von Christian Meier in München, von dem Münchner Immunologen Mocikat, von Gesine Schwan in Frankfurt/Oder, Hans-Olaf Henkel von der Leibniz Gemeinschaft, vom Wirtschaftswissenschaftler Thomas Hering und dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus.

Die Verfasser bestreiten nicht, daß ein deutscher Wissenschaftler seine Ergebnisse auch in internationalen englischsprachigen Zeitschriften präsentieren muß, wenden sich aber dagegen, daß bei deutschen Tagungen auch ohne internationale Beteiligung immer häufiger auf englisch verhandelt wird. Wenn deutsche Wissenschaftler sich auf englisch verständigen müßten, könnten sie komplexe Zusammenhänge oft nur ungeschickt vermitteln. Die Vorherrschaft einer Einheitssprache in der Wissenschaft gehe mit geistiger Verarmung einher. Der wissenschaftlichen Produktivität werde langfristig schwerer Schaden zugefügt, wenn die Muttersprache aus dem Erkenntnisprozeß ausgeblendet werde. Wer in seinem wissenschaftlichen Schaffen die Verwurzelung in der eigenen Muttersprache und ihrer erklärenden Metaphorik aufzugeben gewillt sei, kündige auch seine Mitarbeit an der inhaltlichen Gestaltung einer Disziplin auf, heißt es in den Thesen.

Die Dominanz des Englischen führe außerdem dazu, daß fächerspezifische Terminologien nicht weiterentwickelt werden könnten. Gewichtiger noch ist der Einwand, daß die Preisgabe der Landessprache zur Dissoziation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit führe. Wissenschaftler seien der Öffentlichkeit verantwortlich und hätten gegenüber dem Steuerzahler eine Bringschuld zu erfüllen. Da 30 Prozent der Deutschen der englischen Sprache nicht mächtig seien und weitere 30 Prozent nur über rudimentäre Kenntnisse verfügten, schließe der Verlust einer wissenschaftstauglichen deutschen Sprache weite Bevölkerungssteile von der Teilhabe und Mitsprache wichtiger Entwicklungen aus.

Der Verzicht auf eine deutsche Wissenschaftssprache, so eine weitere These, mache den Wissenschafts-, Forschungs- und Ausbildungsstandort Deutschland im Ausland nicht attraktiver. Vorlesungen, die von deutschen Muttersprachlern auf englisch gehalten würden, wirkten meist unbeholfen. Darunter leide nicht nur die Qualität der Lehre, vielmehr vermittele der Ge-

brauch des Englischen den Eindruck, Deutsche könnten neue Ideen nicht mehr als erste aussprechen. „Immer mehr Studenten und Wissenschaftler studieren, forschen und lehren daher lieber gleich beim anglo-amerikanischen Original“, befürchten die Wissenschaftler.

Um Deutsch als Wissenschaftssprache wieder zu stärken, sollten deutsche Teilnehmer bei deutschen Kongressen ausschließlich auf deutsch verhandeln, bei internationalen Kongressen deutscher Veranstalter sei für eine Simultanübersetzung ins Englische zu sorgen. Deutsche Fachzeitschriften müßten Artikel auch in deutscher Sprache mit englischer Zusammenfassung annehmen. Zahlreiche Untersuchungen widerlegten die Behauptung, Originalarbeiten in deutscher Sprache würden international nicht mehr zur Kenntnis genommen. Wissenschaftliche Leistung dürfe nicht nur anhand von Publikationen in ausgewählten Zeitschriften mit hohem Bewertungsfaktor berechnet werden, sondern auch von Veröffentlichungen in deutschsprachigen Zeitschriften. Universitäten, so lautet eine weitere Forderung, sollten ihre Lehrveranstaltungen in der Landessprache anbieten. Ausländische Studenten müßten vor der Aufnahme ihres Studiums außerdem ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen.

Daß der Aufruf einen aktuellen Anlaß hat, zeigt sich beim Antragsverfahren für Exzellenzcluster bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Die Antragskrisiken, die bis Ende September dort eingehen müssen, sollen mit wenigen Ausnahmen in den Geisteswissenschaften in englischer Sprache formuliert werden. Die DFG hat auf ihrer Internetseite auch die wichtigsten Schlüsselbegriffe in einer Liste veröffentlicht. So werden die Wissenschaftler darüber belehrt, daß sie „maßgeblich beteiligte Wissenschaftler“ als „participating researchers“ zu übersetzen haben.

Gegen die englische Antragspraxis regt sich inzwischen erheblicher Widerstand. So hat der Dortmunder Ordinarius am Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik Walter Krämer darauf hingewiesen, daß die Beteiligung renommierter ausländischer Gutachter an den Bewilligungsverfahren keine ausreichende Begründung für englische Anträge sei. Für eine ausreichende Würdigung des Forschungsprojekts genüge auch eine englische Zusammenfassung. Durch den erzwungenen Ausstieg aus der deutschen Muttersprache, in der allein die meisten Wissenschaftler kreativ denken könnten, werde eine zuweilen bestehende Zweitklassigkeit zementiert und die vorhandene Spitzenleistung auf anderen Gebieten leichtfertig aufgegeben. .

Nicht nur mit Bachelor

oll. An einen Richter zu geraten, der nur sechs Semester Jura studiert hat, dürfte ähnlich ruinös sein wie von einem Mediziner operiert zu werden, der sein Fach nach drei Jahren zu beherrschen glaubt. Insofern verweisen Hochschulverband und Juristenvertretungen zu Recht auf die unzureichende Berufsfähigkeit eines juristischen Bachelors nach sechs Semestern. Der Bachelor ist nicht in jedem Fall berufsqualifizierend, er ist es meistens nicht, schon gar nicht in den staatstragenden und besonders verantwortlichen Berufen. Gleichzeitig feiert die Hochschulrektorenkonferenz die Ausbreitung des Bachelor- und Masterstudiums, als sei damit ein Fortschritt für die Universitäten erzielt. Die Bolognisierung der Hochschulen führt zu einer Fixierung auf Zahlen und Statistiken, während die Qualität nur eine untergeordnete Rolle spielt. Es ist ein vordergründiger Wettkampf um internationale Konkurrenz, die zum Selbstzweck wird. Denn die Bologna-Erklärung selbst enthält keinen Bachelor-Master-Zwang. Vielmehr böten rechtswissenschaftliche, medizinische und theologische Studiengänge die Möglichkeit, die Konkurrenz von Staatsexamen und Bachelor/Master zu erproben. Doch davor scheint einigen Verantwortlichen zu grauen.

Quelle: FAZ 192, 19.8.05
Seite 4

Kritik am Bachelor-Abschluß

oll. FRANKFURT, 22. September. Ein grundständiges dreijähriges Bachelorstudium qualifiziert nicht zum Beruf des Richters oder Rechtsanwalts. Diese Auffassung vertreten der Deutsche Anwältsverein, der Deutsche Juristen-Fakultätentag und der Deutsche Hochschulverband in einer gemeinsamen Erklärung. Für den Beruf des Richters oder Rechtsanwalts seien entweder ein universitärer Masterabschluß, allenfalls ein vierjähriges Bachelor-Studium erforderlich, wobei die Ressortzuständigkeit der Justizverwaltung gewahrt werden müsse. Zwar stünden die Absolventen eines dreijährigen Studiums dem Arbeitsmarkt als vergleichsweise kostengünstige Arbeitskräfte zur Verfügung, der Qualitätsanspruch, der von der Bevölkerung an die Ausübenden der klassischen juristischen Berufe gestellt werde, würde allerdings auf ein bedenkliches Maß reduziert. Es sei schlechterdings unmöglich, in einem dreijährigen Basisstudium sowohl eine solide wissenschaftliche Grundausbildung als

auch eine spezifische Berufsbefähigung zu vermitteln. In der gemeinsamen Erklärung, die im Anschluß an eine Berliner Tagung entstand, erinnerten die Juristenvverbände Bund und Länder an ihr Versprechen, für Bachelor- und Masterstudiengänge in den staatlich geregelten Studienfächern, wozu die Jurisprudenz gehört, besondere Regelungen vorzusehen.

An dieser Zusage gibt es zunehmend Zweifel. Denn im Nationalen Bildungsbericht des Bundesbildungsministeriums und der Kultusministerkonferenz der Länder zur Verwirklichung des Bologna-Prozesses heißt es unmißverständlich, die Umstellung auf das gestufte Studiensystem werde fortgesetzt, das Angebot akkreditierter Bachelor- und Masterstudiengänge ausgebaut. „Ziel bleibt es, weitere Studiengänge, die mit Staatsexamensprüfungen (wie z.B. Rechtswissenschaft, Medizin, Pharmazie) abschließen, in die gestufte Struktur zu überführen“, heißt es weiter.

Unterdessen hat die Hochschulrektorenkonferenz darauf hingewiesen, die Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse an den deutschen Hochschulen gewinne „an Breite“. Im Wintersemester 2005/2006 führen 34 Prozent aller Studiengänge zu den Abschlüssen Bachelor oder Master, wobei die Bachelorstudiengänge besonders zugänglich haben. Die Fachhochschulen bieten inzwischen überwiegend Bachelor- und Masterstudiengänge an (53 Prozent). Nach wie vor dominierten sechsemestrige Bachelorstudien und viersemestrige Masterstudiengänge, obwohl die Vorgaben der Kultusministerkonferenz eine Bandbreite von sechs bis acht Semestern zum Erwerb des Bachelorgrades, zwei bis vier Semester für den Master ermöglichen. An den Fachhochschulen gewinnen der siebensemestrige Bachelor an Bedeutung. Die neuen Studiengänge seien „keine Exoten mehr“, stellte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Gaehtgens, fest.

Quelle: FAZ 223, 23.9.05
S.14

Die Universitäten Tübingen, Marburg, Magdeburg, Frankfurt und Hagen haben mit der Umstellung auf Bachelor und Master neue Masterstudiengänge für Friedens- und Konfliktforschung etabliert. Außerdem gibt es an der Universität Hamburg einen einjährigen interdisziplinären Aufbau studiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“. Während in den Vereinigten Staaten die „Peace and Conflict Studies“ bereits seit 1948 als eigene Fachbereiche an den Hochschulen verankert sind, war in Deutschland der seit 1995 in Marburg angebotene Nebenstudiengang Friedens- und Konfliktforschung der erste seiner Art. „Die Nachfrage nach Fachexpertise und geschultem Personal in der Zivilen Konfliktbearbeitung steigt“, sagt Saskia Sell. Die Politologin promoviert über die unterschiedlichen Schulungsangebote für Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland. Zunehmend habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß militärische Einsätze oder klassische Formen der Entwicklungs-

zusammenarbeit nicht ausreichen, um Konflikte nachhaltig zu beseitigen, sagt Sell. Um zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, bedarf es ausgebildeter Fachkräfte. Die im Jahr 2000 gegründete Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) unterstützt den interdisziplinären Dialog in der Friedens- und Konfliktforschung mit gezielter Nachwuchsförderung. Laut DSF-Geschäftsführer Thomas Held stehen Internationalisierung und Praxisorientierung im Mittelpunkt der neuen Studiengänge. Neben der wissenschaftlichen soll den Absolventen vor allem auch eine berufsrelevante Qualifizierung vermittelt werden. Analysieren, reflektieren und Fachwissen entwickeln, darauf werden Friedens- und Konfliktexperten vorbereitet. Unerlässlich ist kommunikative Kompetenz: Fremdsprachenkenntnisse sind das eine. Zusätzlich werden Einfühlungsvermögen sowie solide Kenntnisse der kulturellen und gesellschaftspolitischen Hintergründe eines Einsatzlandes erwartet. Der Einstieg in die Friedensarbeit

ter den Kulissen wird hingegen einiges umgekämpft: der Bücherkauf wird zentralisiert, das Bibliothekssystem vereinheitlicht, die Öffnungszeiten werden angepasst. Ziel sei es, «alle Funktionen zentral zu steuern», sagt StUB-Direktorin Bligenstorfer. Heißt das, den Institutsbibliotheken werden alle Kompetenzen entzogen? Bligenstorfer verneint: «Ich will den Einfluss der Professoren nicht beschränken. Sie können die Bücherauswahl weiterhin selber treffen.» Ziel sei eine Win-win-Situation.

Keine Sparübung

Die Reorganisation des Bibliothekswesens ist schon seit längerem ein Thema. Beschleunigt worden ist der Prozess durch das Verhalten der Stadt: Diese hat ihre jährlichen Beiträge an die StUB von 900 000 Franken im Jahre 2000 auf aktuell noch 120 000 Franken zurückgefahren. Das Projekt sei nicht primär eine Sparübung, sondern es gehe darum, schlankere Strukturen zu schaffen, sagt Locher. Ein Stellenabbau sei kurzfristig nicht geplant. (ruk)

Quelle: Der Bund, Freitag 21.10.05, 27

Friedenswissen schaffen

gelingt häufig über Praktika in einem der zahlreichen Freiwilligendienste. „Eine hohe Eigenmotivation ist für die Arbeit in und mit Konflikten sehr hilfreich“, sagt Sell. Die Arbeit bei einer lokalen Trägerorganisation in Krisengebieten verlangt von den Einsatzkräften Ausdauer, Streitoleranz sowie physische und emotionale Stärke. Überwältigt vom Engagement der neuen Generation zeigten sich im Januar dieses Jahres die Veranstalter der ersten Nachwuchstagung der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK). Statt der erwarteten rund 70 Teilnehmer kamen mehr als 100. Qualifizierte Friedens- und Konfliktforscher können in unterschiedlichen Berufsfeldern im In- und Ausland eingesetzt werden: in Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur. Neben Nichtregierungsorganisationen bieten vermehrt auch staatliche Einrichtungen Ausbildungen und Tätigkeitsfelder an: das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, das Auswärtige

Amt, die Polizei sowie Teilbereiche der Bundeswehr.

In dem vom Bundesentwicklungsministerium geförderten Zivilen Friedensdienst (ZFD) wirken Fachkräfte mit staatlichen und nichtstaatlichen Trägern zusammen. Zu den Aufgaben des ZFD gehört es auch, ehemalige Soldaten auf ihrem Weg ins zivile Leben oder Flüchtlinge bei der Rückkehr in ihre Heimat zu begleiten. Neu ist,

Die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) hat ein Dossier über die neuen Masterstudiengänge herausgegeben, das unter der Telefaxnummer 02 28/21 49 24 bestellt werden kann. Über Ausbildungs- und Förderungsangebote informiert die DSF im Internet unter www.bundesstiftung-friedensforschung.de. Mehr zum Berufsverband der Friedens- und Konfliktforscher im Internet unter www.afk-web.de. Der ZFD ist im Internet unter www.ziviler-friedensdienst.org

vertreten. Hier gibt es eine Übersicht über offene Stellen für Friedensfachkräfte aller Trägerorganisationen. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung informiert auf ihrer Website www.konfliktbearbeitung.net über aktuelle Stellenausschreibungen.

Quelle; FAZ 246, S.63
22. Oktober 2005

dass sich durch die Masterstudiengänge auch bereits Berufstätige der Friedens- und Konfliktforschung zuwenden und eine Zusatzqualifikation erwerben. Die Doppelqualifizierung ebnet neue Wege der Konfliktbearbeitung: „Kürzlich wurde ein Museumspädagoge mit speziellen Kenntnissen der Konfliktbearbeitung zum Aufbau eines Friedensmuseums in Afrika gesucht“, sagt Sell. Es muß nicht immer Afrika sein. Auch hierzulande wächst der Aufgabenbereich für professionelle Friedensstifter. „Studien haben ergeben, daß Vorgesetzte zum Teil 70 Prozent ihrer Arbeitszeit dafür aufwenden, Konflikte zwischen Mitarbeitern zu lösen“, berichtet Sell. (dhu.)

RETO WISSMANN

Als letzte der fünfzehn Pädagogischen Hochschulen der Schweiz hat die PH Bern am Montag ihre Türen für die Studierenden geöffnet. Damit ist die grosse Reform der Lehrerbildung vorerst abgeschlossen. Aus den rund 150 Lehrerseminarien sind Hochschulen geworden. Heute gilt, egal auf welcher Stufe, wer Lehrer oder Lehrerin werden will, braucht zunächst einmal eine Matur. Mit dem Diplom einer Pädagogischen Hochschule – oder dem Bachelor respektive Master of Arts in Education, wie das heute heißt – steht den Lehrkräften die ganze Schweiz offen und dank der Bologna-Reform haben sie auch zunehmend Chancen, im Ausland zu unterrichten.

Wer zu spät kommt ...

Das heute sogar kleine Kantone wie Thurgau oder Schaffhausen ihre eigenen Pädagogischen Hochschulen führen, wird jedoch nicht lange so bleiben, darin sind sich die Experten einig. Erste Bereinigungsprozesse sind bereits im Gang. Der Kanton Solothurn, der sich im Bildungswesen traditionell an Bern anlehnt, kooperiert mit den beiden Basel und dem Kanton Aargau. Bern geht leer aus, vielleicht auch darum, weil die Berner mit dem Reformprozess zwar als erste begonnen, ihn aber als letzte abgeschlossen haben.

Im Kanton Bern war der Weg von den Seminarien zur Lehrerhochschule äußerst holprig. Bereits vor zehn Jahren hat sich der Grosse Rat

von den Seminarien verabschiedet und die Angliederung der Lehrerbildung an die Universität beschlossen. Als regionalpolitischer Kompromiss wurde vorgesehen, Institute in Spiez, Biel, Bern und Langenthal zu gründen. Im September 2001 nahmen erstere drei ihren Betrieb auf. Langenthal konnte mangels Studierender jedoch gar nicht erst eröffnet werden. Auf den ersten Rückschlag der neuen Berner Lehrerbildung folgte bald schon der zweite. Kurz vor Weihnachten, am 19. Dezember 2001, teilte Erziehungsdirektor Mario Annoni (fdp) den Angestellten und der Öffentlichkeit mit, dass das Institut in Biel ein Jahr nach der Eröffnung wieder geschlossen wird. «Mit mehr Dozenten als Studenten ist das nicht zu verantworten», begründete Annonis Generalsekretär Robert Furrer. Die Idee einer dezentralen Lehrerbildung auf Hochschulebene war damit gescheitert. Spiez wurde nur noch bis 2003 offen gehalten, weil eine Schliessung gesetzeswidrig gewesen wäre.

Annoni überrascht alle

Im Januar 2002 folgte der Grosse Rat dem gesamtschweizerischen Trend und fällte mit der Zustimmung zur Motion von Peter Santschi (fdp) den Grundsatzentscheid für eine von der Universität unabhängige Pädagogische Hochschule in Bern. Mit dem Jazum entsprechenden Gesetz vom 16. Juni 2004 war die Sache aber noch nicht ausgestanden. Mitten in der Planung zur neuen Hochschule über-

raschte Annoni sogar den Gründungsrektor und den Schulrat der PH Bern mit seinem Entscheid, künftig «Mehrzwecklehrer» auszubilden, deren Diplom vom Kindergarten bis in die sechste Klasse gültig ist. Bisher wurde zwischen Kindergarten/untere Primarschulklassen und oberen Primarschulklassen unterschieden.

Unterdessen ist die ganze Geschichte schon fast wieder vergessen. Die PH Bern startet mit vielversprechenden Studierendenzahlen (siehe unten links) in ihr erstes Jahr. Doch bereits ziehen wieder dunkle Wolken auf. Im engen Korsett der Erziehungsdirektion werde die PH Bern Mühe haben, sich im Lehrerbildungsmarkt zu behaupten, klagt der Schulratspräsident (siehe Interview). Doch zunächst wird nun einmal gefeiert. Die offizielle Eröffnung der PH Bern findet am kommenden Freitag im Bierhübeli statt – fast zwei Wochen nach der eigentlichen Eröffnung.

Amt, die Polizei sowie Teilbereiche der Bundeswehr.

In dem vom Bundesentwicklungsministerium geförderten Zivilen Friedensdienst (ZFD) wirken Fachkräfte mit staatlichen und nichtstaatlichen Trägern zusammen. Zu den Aufgaben des ZFD gehört es auch, ehemalige Soldaten auf ihrem Weg ins zivile Leben oder Flüchtlinge bei der Rückkehr in ihre Heimat zu begleiten. Neu ist,

Die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) hat ein Dossier über die neuen Masterstudiengänge herausgegeben, das unter der Telefaxnummer 02 28/21 49 24 bestellt werden kann. Über Ausbildungs- und Förderungsangebote informiert die DSF im Internet unter www.bundesstiftung-friedensforschung.de. Mehr zum Berufsverband der Friedens- und Konfliktforscher im Internet unter www.afkweb.de. Der ZFD ist im Internet unter www.ziviler-friedensdienst.org

vertreten. Hier gibt es eine Übersicht über offene Stellen für Friedensfachkräfte aller Trägerorganisationen. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung informiert auf ihrer Website www.konfliktbearbeitung.net über aktuelle Stellenausschreibungen.

Quelle; FAZ 246, S.63
22. Oktober 2005

dass sich durch die Masterstudiengänge auch bereits Berufstätige der Friedens- und Konfliktforschung zuwenden und eine Zusatzqualifikation erwerben. Die Doppelqualifizierung ebnet neue Wege der Konfliktbearbeitung: „Kürzlich wurde ein Musenpädagoge mit speziellen Kenntnissen der Konfliktbearbeitung zum Aufbau eines Friedensmuseums in Afrika gesucht“, sagt Sell. Es muß nicht immer Afrika sein. Auch hierzulande wächst der Aufgabenbereich für professionelle Friedensstifter. „Studien haben ergeben, daß Vorgesetzte zum Teil 70 Prozent ihrer Arbeitszeit dafür aufwenden, Konflikte zwischen Mitarbeitern zu lösen“, berichtet Sell. (dhu.)

Die Ersten sind die Letzten. Eröffnung der PH Bern

RETO WISSMANN

Als letzte der fünfzehn Pädagogischen Hochschulen der Schweiz hat die PH Bern am Montag ihre Türen für die Studierenden geöffnet. Damit ist die grosse Reform der Lehrerbildung vorerst abgeschlossen. Aus den rund 150 Lehrerseminarien sind Hochschulen geworden. Heute gilt, egal auf welcher Stufe, wer Lehrer oder Lehrerin werden will, braucht zunächst einmal eine Matur. Mit dem Diplom einer Pädagogischen Hochschule – oder dem Bachelor respektive Master of Arts in Education, wie das heute heißt – steht den Lehrkräften die ganze Schweiz offen und dank der Bologna-Reform haben sie auch zunehmend Chancen, im Ausland zu unterrichten.

Wer zu spät kommt ...

Das heute sogar kleine Kantone wie Thurgau oder Schaffhausen ihre eigenen Pädagogischen Hochschulen führen, wird jedoch nicht lange so bleiben, darin sind sich die Experten einig. Erste Bereinigungsprozesse sind bereits im Gang. Der Kanton Solothurn, der sich im Bildungswesen traditionell an Bern anlehnt, kooperiert mit den beiden Basel und dem Kanton Aargau. Bern geht leer aus, vielleicht auch darum, weil die Berner mit dem Reformprozess zwar als erste begonnen, ihn aber als letzte abgeschlossen haben.

Im Kanton Bern war der Weg von den Seminarien zur Lehrerhochschule äusserst holprig. Bereits vor zehn Jahren hat sich der Grosse Rat

von den Seminarien verabschiedet und die Angliederung der Lehrerbildung an die Universität beschlossen. Als regionalpolitischer Kompromiss wurde vorgesehen, Institute in Spiez, Biel, Bern und Langenthal zu gründen. Im September 2001 nahmen erstere drei ihren Betrieb auf. Langenthal konnte mangels Studierender jedoch gar nicht erst eröffnet werden. Auf den ersten Rückschlag der neuen Berner Lehrerbildung folgte bald schon der zweite. Kurz vor Weihnachten, am 19. Dezember 2001, teilte Erziehungsdirektor Mario Annoni (fdp) den Angestellten und der Öffentlichkeit mit, dass das Institut in Biel ein Jahr nach der Eröffnung wieder geschlossen wird. «Mit mehr Dozenten als Studenten ist das nicht zu verantworten», begründete Annonis Generalsekretär Robert Furrer. Die Idee, einer dezentralen Lehrerbildung auf Hochschulebene war damit gescheitert. Spiez wurde nur noch bis 2003 offen gehalten, weil eine Schliessung gesetzeswidrig gewesen wäre.

Annoni überrascht alle

Im Januar 2002 folgte der Grosse Rat dem gesamtschweizerischen Trend und fällte mit der Zustimmung zur Motion von Peter Santtschi (tdp) den Grundsatzentscheid für eine von der Universität unabhängige Pädagogische Hochschule in Bern. Mit dem Jazum entsprechenden Gesetz vom 16. Juni 2004 war die Sache aber noch nicht ausgestanden. Mitten in der Planung zur neuen Hochschule über-

raschte Annoni sogar den Gründungsrat und den Schulrat der PH Bern mit seinem Entscheid, künftig «Mehrzwecklehrer» auszubilden, deren Diplom vom Kindergarten bis in die sechste Klasse gültig ist. Bisher wurde zwischen Kindergarten/untere Primarschulklassen und oberen Primarschulklassen unterschieden.

Unterdessen ist die ganze Geschichte schon fast wieder vergessen. Die PH Bern startet mit vielversprechenden Studierendenzahlen (siehe unten links) in ihr erstes Jahr. Doch bereits ziehen wieder dunkle Wolken auf. Im engen Korsett der Erziehungsdirektion werde die PH Bern Mühe haben, sich im Lehrerbildungsmarkt zu behaupten, klagt der Schulratspräsident (siehe Interview). Doch zunächst wird nun einmal gefeiert. Die offizielle Eröffnung der PH Bern findet am kommenden Freitag im Bierhübeli statt – fast zwei Wochen nach der eigentlichen Eröffnung.

Quelle: Der Bund,
29. Oktober 2005
S. 25



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Professuren / Assistenzprofessuren (Tenure Track) für Informatik

Das Departement Informatik der ETH Zürich hat mehrere offene Professuren in den Bereichen Computersysteme, Informationssicherheit, Informationssysteme, verteilte Systeme und Multimedia zu besetzen. International ausgewiesene Kandidatinnen und Kandidaten mit starkem Forschungshintergrund und gleichzeitig **praktisch-systemorientierten Interessen** werden zur Bewerbung eingeladen. Im Vordergrund stehen folgende Forschungsgebiete:

- Computersysteme: Software-Architekturen, sichere und zuverlässige Software-Plattformen, parallele Softwaresysteme, virtuelle Maschinen, Leistungsbewertung.
- Informationssicherheit: formale Modelle und Sicherheitsbeweise, Virenschutz und Schutz gegen andere Angriffe von Agenten, physikalische Aspekte der Sicherheit, neue Verschlüsseltechniken und Protokolle, Datenschutz.
- Informationssysteme: Management persönlicher Daten, Dokumentenverwaltung, Text- und Multimedia-Daten, Datenintegration, Web-Suche, semi-strukturierte Daten, Integration von IR- und DB-Technologien.
- Verteilte Systeme: Mobile Systeme, pervasive computing, massiv verteilte Systeme, Sensor-Netzwerke, Software für eingebettete Systeme.
- Interactive Multimedia und Information Engineering: Mensch-Maschine-Interaktion, Multimedia-Datenbanken, Daten-Visualisierung, adaptive Anfragebearbeitung, Informationsfilterung, moderne Architekturen von Informationssystemen.

Die Beteiligung an der Lehre wird vorausgesetzt. Es bestehen zahlreiche Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit Forschungsgruppen der ETH Zürich, anderen Forschungslabors in der Schweiz und in Europa sowie mit der Industrie.

Die offenen Professuren können als Assistent- oder Vollprofessuren besetzt werden. Assistentenprofessuren dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und werden auf vier Jahre besetzt; eine Verlängerung um weitere zwei Jahre sowie eine Beförderung auf eine außerordentliche und ordentliche Professur über ein Tenure Track-System sind möglich.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Publikationsliste, Namen von mindestens drei Referenzen und einer kurzen Zusammenfassung der Forschungsgebiete sind **bis zum 31. Dezember 2005 einzureichen beim Präsidenten der ETH Zürich, ETH Zentrum, CH-8092 Zürich**. Im Bestreben, den Frauenanteil in Lehre und Forschung zu erhöhen, fordert die ETH Zürich Wissenschaftlerinnen ausdrücklich zur Bewerbung auf.

Allgemeine Informationen über das Departement Informatik finden Sie unter <http://www.inf.ethz.ch>. Fragen in Bezug auf diese Professuren richten Sie bitte an den Departementsvorsteher, Professor Bertrand Meyer, department-chair@inf.ethz.ch.



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Professur für Physikalische Chemie

Das bevorzugte Forschungsgebiet liegt im Bereich der physikalischen Chemie biologischer Ausrichtung. Fachbereichsüberschreitende Forschung (Medizin, Biologie) wird begrüßt. Es wird erwartet, dass in der Lehre das Gebiet der physikalischen Chemie auf allen Stufen vertreten werden kann.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Publikationsliste sind **bis zum 31. Januar 2006 einzureichen beim Präsidenten der ETH Zürich, ETH Zentrum, CH 8092 Zürich**. Im Bestreben, den Frauenanteil in Lehre und Forschung zu erhöhen, fordert die ETH Zürich Wissenschaftlerinnen ausdrücklich zur Bewerbung auf.



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Professor / Assistant Professor (Tenure Track) in Pharmaceutical Chemistry / Chemical Genetics

The new professor will join the Institute of Pharmaceutical Sciences within the Department of Chemistry and Applied Biosciences. To complement existing strengths of the Institute, the candidate's research should be positioned in the field of computational pharmaceutical chemistry and/or include the structural investigation and biophysical characterization of protein-ligand-complexes and/or the identification of lead structures for drug discovery.

Candidates should have a record of outstanding scientific achievements and present a well-developed, novel and creative research program with a clear emphasis on biomedical / pharmaceutical questions. They should be clearly committed to interdisciplinary research in an interdisciplinary environment. Teaching in the field of Pharmaceutical Chemistry is an integral part of this chair. ETH has a commitment to excellence in teaching and supports modern teaching methods. The rank of the position (full or assistant professor) will depend on the applicant's qualifications and expertise. Courses at Master level may be taught in English.

Assistant professorships at ETH Zurich have been established to promote the careers of younger scientists. The initial appointment is for four years with the possibility of renewal for an additional two-year period and promotion to a permanent position.

Applications with a curriculum vitae, a list of publications and an outline on future teaching and research plans should be sent to the President of ETH Zurich, ETH Zentrum, CH-8092 Zurich, Switzerland, no later than January 15, 2006. ETH Zurich specifically encourages female candidates to apply with a view towards increasing the proportion of female professors.